Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 21 — Oktober 1972

Die Eltern gingen auf die Barrikaden

Die Einweihung der Schule Walldorf/Mörfelden am 25. September 1972 werden Kultusminister von Friedeburg und einige andere Herren nicht so leicht vergessen. Und dabei war alles so schön geplant. Die lieben Kinderlein sollten musizieren, die Eltern dankbar klatschen, und die Politiker gedachten zwischen Wahlreden in die Presseblitzlichter zu lächeln. Das Lachen ist ihnen gründlich vergangen, denn bei der Einweihung waren die Eltern da und sagten ihre Meinung — laut und deutlich!
Das war auch notwendig.

Vierhundert ausgefallene Schulstunden pro Woche hatten viele aufgeschreckt. So versammelten sich Mütter, Väter und Sprößlinge mit Schildern vor der Schule um den Minister zu erwarten. Dieser aber schlich sich mit der gesamten Landes-, Kreis- und Kommunalprominenz von hinten in die Schule. So blieb den Eltern nichts anderes übrig als die Feier mit Transparenten zu „umrahmen".
Mittlerweile gibt es viele Bilder von der „Feier" in der „Prärieschule". Unsere „Oberen" sehen darauf aus wie begossene Pudel. Der Wahlschlager „Einweihung" wurde ein Schlag ins Wasser. Wir meinen: jeder, der Kinder hat, wird diese Aktion der Eltern begrüßen. Sie war ein Akt demokratischer Notwehr. Das war aber auch die Sprache die „Oben" verstanden wird. Erste Erfolge sind mittlerweile zu verzeichnen: von Friedeburg sagte 80 Wochenstunden nebenamtlichen Unterrichts zu, Lehrer, die sich bewerben, können eingestellt werden. (Eine andere staatliche Aktion ging allerdings in die falsche Richtung, ein Lehrer wurde nämlich mittlerweile zur Bundeswehr eingezogen.)
Der Kampf um mehr Lehrer, mehr Schulen und bessere Bildungsinhalte ist noch nicht zu Ende.
Er wird weitergehen — auch in Mörfelden. ▶

Die DKP-Stadtverordneten Artur Siegel und Heinz Hechler fand man nicht bei den Ehrengästen, dafür aber bei den demonstrierenden Eltern.

„Das gesetzlich gesicherte Recht auf Bildung und Chancengleichheit wird den Schülern vorenthalten."

Bis auf eine Ausnahme unterschrieben alle Lehrer der Haupt- und Realschule Mörfelden/Walldorf eine Resolution in der es heißt:

„Wir hätten gewünscht, daß das Land Hessen seinen Verpflichtungen in Bezug auf die personellen Voraussetzungen in gleicher Weise nachgekommen wäre, damit die Effizienz (Wirksamkeit) der Reformbestrebungen beweisbar wird.

Stattdessen
müssen krasse Unterrichtskürzungen hingenommen werden, weil nicht genügend Lehrer vorhanden sind,
wird Lehrern im Angestelltenverhältnis nach Belieben gekündigt und werden Lehrer nicht eingestellt, obwohl entsprechender Bedarf nachzuweisen ist und Kollegen Interesse zeigten, an der Schule zu arbeiten.
So hat etwa der zuständige Schulrat im vorigen Sommer in diesem Hause erklären dürfen, es werde jeder Lehrer, komme wer da wolle, eingestellt.
Einige Wochen später erfolgt ein absoluter Einstellungsstopp.
Wieder einige Zeit später werden die nebenberuflichen und nebenamtlichen Stellen um 30% gekürzt.
Noch vor wenigen Tagen wurden dringend benötigte Lehrer, die sich um eine Anstellung bemühten, abgewiesen.
Dies bedeutet für die Schule:
Permanenter Wechsel und damit Störung eines pädagogisch sinnvollen Unterrichtsablaufs.
Entscheidung zwischen Unterrichtskürzungen oder hohen Klassenfrequenzen – letzteres entspräche einem Rückfall in finsterstes pädagogisches Mittelalter.
Kollegen müssen zwei Klassen führen, werden ständig überbeansprucht, werden wie Schachfiguren zwischen einzelnen Klassen und Schulen hin- und hergeschoben.
Das gesetzlich gesicherte Recht auf Bildung und Chancengleichheit wird den Schülern vorenthalten.

Wir fordern,
daß die schulische Realität den derzeitigen bildungspolitischen Vorstellungen in Hessen angenähert wird – das heißt mehr Lehrer,
daß die Planung und Durchführung der hessischen Bildungsreformbestrebungen mehr Kontinuität aufweist – das heißt rationelle und langfristige Personalpolitik."

„Wir fordern eine befriedigende Lösung bis zum 15. Oktober 1972."

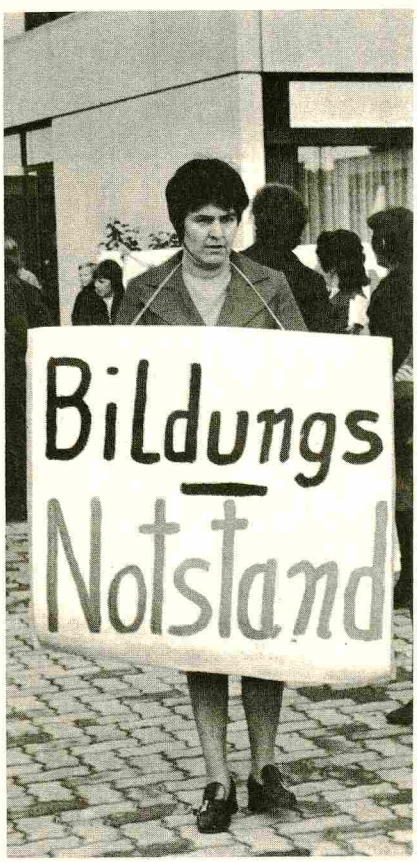
Der Schulelternbeirat der Haupt- und Realschule überreichte Friedeburg eine Resolution in der es heißt:

„Das Lernziel wird nicht erreicht, aber morgen sollen die Schüler in der Berufswelt ihren Mann stehen, in der die Ausbildung eine immer größere Rolle spielt.
Wir Eltern von Mörfelden und Walldorf sind nicht länger gewillt, diese katastrophale Situation hinzunehmen.
– Wir protestieren dagegen aufs Schärfste.
Wir fordern die unverzügliche Bereitstellung der fehlenden Lehrkräfte.
Wir fordern eine befriedigende Lösung bis zum 15. Oktober 1972."

„Herr Minister, was soll mit unseren Kindern werden?"

In einem Flugblatt, das von 38 Mörfelder Eltern unterzeichnet war, wurde gefragt:

„Herr Minister, was soll mit unseren Kindern werden? Morgen sollen sie in der Berufswelt ihren Mann stehen. In einer Welt, in der immer mehr verlangt wird, in die immer mehr Wissen notwendig ist. Heute muß dazu der Grundstein gelegt werden, das aber ist bei dem herrschenden Lehrermangel nicht möglich.
Wir sind entsetzt darüber, wie leicht man der CDU Wahlkampfmunition liefert. Einer CDU, die in ihrer 20jährigen Regierungszeit die Weichen gestellt hat, die das Bildungswesen stets zurückstellte, hinter der Herstellung der wirtschaftlichen Macht der großen Konzerne und der Wiederaufrüstung. Die CDU-Sprecher sollten wir an die katastrophalen Bildungsverhältnisse in CDU/CSU-regierten Ländern erinnern. Aus dieser Ecke ist keine Lösung zu erwarten.
Doch wann handelt die Landesregierung?
Herr Minister, wir fragen Sie:
Wann ist der Unterricht in Mörfelden wieder ausreichend gewährleistet?
Wann gibt es genügend Lehrer in Mörfelden?"



Käthe Hechler, Mutter von 2 Kindern, unter den Demonstranten. Sie kandidiert für die DKP bei der Kommunalwahl am 22. Oktober.

Ein Starfighter = 250 Lehrer

Die Schülerverwaltung, vor kurzem neu gewählt, trat aktiv auf. Auf ihren Transparenten konnte man lesen: „Ein Starfighter = 250 Lehrer" und „Lehrer her – oder gibt's nur Geld für die Bundeswehr?" Sie verteilte bei der „Feier" 1000 Flugblätter in denen es hieß:

„... in Hessen fehlen ca. 2300 Lehrkräfte! Um diese auszubilden fehlen pro Person ca. 31 000 DM (zusammen ca. 71 Millionen DM)!
Ähnliche Beispiele werden Sie im gesamten Bundesgebiet wiederfinden. **Es ist doch sehr traurig, daß trotz dieser Misere die Rüstungsausgaben pro Jahr um 6% steigen, jedoch der gesamte Bildungsetat sich in 8 Jahren (von 1962–1970) nur um 1/3, d. h. von knapp 3% auf 4% erhöhte.**
Diese Schulmisere ist ein Teufelskreis, denn es sind nur deswegen zu wenig Lehrkräfte vorhanden, weil in den letzten 20 Jahren zu wenig in die Bildung investiert wurde."

„Bei einer ‚Bildungs-Olympiade' würde die DDR auch Goldmedaillen erringen."

Die Deutsche Kommunistische Partei begrüßte die Aktion der Eltern. Einer Presse-Erklärung der DKP entnahmen wir folgende Passagen:

„Hessen galt als bildungsfreundliches Land. Dieser Ruf ist endgültig verloren. Die 2300 fehlenden Lehrer in Hessen gehen in erster Linie auf das Konto der Landesregierung.
Es ist uns unbegreiflich, daß die Landesregierung, angesichts dieses Bildungsnotstandes, 500 Lehrer, die aus anderen Bundesländern kurz vor den Sommerferien nach Hessen wollten, abgewiesen hat.
Die DKP fordert eine wesentliche Verstärkung der Mittel für das Bildungswesen.
Wir wissen aber, eine wirkliche Lösung der Bildungsmisere, kann nur erreicht werden, wenn die Milliarden des Rüstungsetats und die Gewinne der Großindustrie, herangezogen werden. Zu dieser Erkenntnis muß sich auch die SPD endlich durchringen. Schuld an dem Notstand ist letztlich das kapitalistische Gesellschaftssystem, in dem die Reichen immer reicher werden, während für die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben das Geld fehlt.
Viele unserer Bürger wunderten sich, daß die DDR in München so erfolgreich war. Wir glauben, wenn es morgen eine Bildungs- oder Gesundheits-Olympiade gäbe, würde die DDR ebenfalls Goldmedaillen erringen."

Karl Hardt †

Am 18. September 1972 starb unser Genosse Karl Hardt im Alter von 75 Jahren.
Für Karl Hardt gelten die Worte des Dichters Nikolai Ostrowski: „... das Herrlichste für einen Menschen besteht darin, den Menschen mit dem, was man vollbracht hat, auch dann zu dienen, wenn man nicht mehr existiert."
Das Leben von Karl Hardt war erfüllt. Für ihn gab es kein Schwanken, er wußte stets wo er hingehörte, er stand immer auf der Seite der kleinen Leute, auf der Seite der arbeitenden Menschen.
Als in Mörfelden 1920 die Kommunistische Partei gegründet wurde, war Karl Hardt dabei. Dieser Partei hat er bis zu seinem Tode die Treue gehalten, trotz Diffamierung, Verfolgung und ständiger Benachteiligung.
1933, als die Nacht des Faschismus über Deutschland fiel, begann auch für Karl Hardt, seine Frau und seine Söhne, eine schwere Zeit. Schon im Mai 1933 wurde er verhaftet und ins Lager Osthofen eingeliefert. Freigelassen, gab er sich nicht geschlagen, der Kampf ging illegal weiter. Anfang März 1934 wurde er und viele seiner politischen Freunde in Mörfelden erneut festgenommen. Nicht alle Antifaschisten waren in dieser Zeit dem Terror, der Quälerei der Nazis gewachsen. Karl Hardt war es. Der Rechtsanwalt sagte damals zu seiner Frau: „Ihrem Mann kann ich nicht helfen, er schweigt wie ein Grab." Dieses Schweigen rettete manchen seiner Genossen. Aber ihn traf es besonders hart. Drei Jahre mußte er ins berüchtigte Zuchthaus Butzbach, um dann 1938 in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert zu werden, in ein Lager, in dem bis Kriegsende 56 000 Menschen viehisch ermordert wurden. Darunter der Kommunist Ernst Thälmann, der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid, der Pfarrer Paul Schneider.
Karl Hardt blieb für die Nazis auch nach 1941, als er dem KZ entrinnen konnte, „politisch unzuverlässig".
Aber dieser, von den Faschisten so bezeichnete, war einer der „Zuverlässigsten", als es 1945 galt, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen.
Karl Hardt war einer der Männer der ersten Stunde. Als Kommunist erwarb er sich Achtung der Mitbürger, deren Interessen er tagtäglich vertrat, deren Sorge er kannte, deren Mühsal des Lebens er täglich teilte. Er wußte, daß die arbeitenden Menschen, daß vor allem die Arbeiter eine große Kraft sind, wo sie sich für ihre Ziele zu einer einheitlichen Aktion zusammenfinden. Daher war für Karl Hardt das Allerwichtigste die Einheit der Arbeiterschaft. So sah er gleich nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus seine Hauptaufgabe darin, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen, die Lehre aus seiner Erfahrung vor 1933 ziehend, daß niemals der Faschismus an die Macht gekommen wäre, wenn die Kommunisten und Sozialdemokraten zusammengestanden hätten. So trat er 1945 ein für den Zusammenschluß der SPD und KPD. Wie anders wäre die Entwicklung in der Nachkriegszeit verlaufen, wenn diese Spaltung der Arbeiterschaft überwunden worden wäre.
Karl Hardt war ein kluger Kommunalpolitiker. Er war ruhig, aber sein Wort hatte Gewicht. Er war vor 1933 und nach 1945 bis vor wenigen Jahren Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands im Gemeinderat von Mörfelden.
Sein wesentlicher Charakterzug war seine Bescheidenheit. Er war geduldig gegenüber anderen Auffassungen, aber prinzipienfest, wenn es um die Interessen der Arbeiterklasse ging.
Karl Hardt hat nicht umsonst gelebt, und mit diesem Bewußtsein ist er auch von uns gegangen. Über 50 Jahre hatte er der sozialistischen Arbeiterbewegung angehört. In diesen 50 Jahren hat sich die Welt verändert. Karl Hardt wußte, daß er in einem Zeitalter lebte, wo sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Welt vollzieht. Er selbst konnte es noch erleben, daß in einem Teil Deutschlands die Arbeiter und Bauern die Macht ausüben, über die Politik und Wirtschaft bestimmen, und dort die Ideale verwirklichen für die er gelebt und gekämpft hat. Wie recht hatte er mit seinem Optimismus und seiner Zuversicht. Er wußte, und das sagte er uns noch vor wenigen Monaten auf dem Naturfreundehaus bei einer Jubilarenehrung: „Auch um die Bundesrepublik wird der Sozialismus keinen Bogen machen."

HSV –

der beste CDU-Mann in der SPD

Der Kandidat der DKP für den Bundestagswahlkreis 143 (Groß-Gerau – Main-Taunus), Josef Knecht, erklärte zur Wahl von Hermann Schmitt-Vockenhausen zum Bundestagskandidaten der SPD in der Wahlkreiskonferenz dieser Partei am 23. 9. 1972 in Wallau:

Die Wahl von Hermann Schmitt-Vockenhausen bedeutet einen Erfolg der rechten Kräfte innerhalb der SPD, deren oberstes Ziel die Erhaltung und Festigung des spätkapitalistischen Systems ist. Für den Wahlkreis 143 bedeutet es außerdem, daß es hier der SPD noch schwerer fallen wird, die unbedingt notwendige Abgrenzung zur CDU und ihrem „Opel-Kandidaten", Otto Zink, zu finden.

Von Leuten, die nüchtern und real die Lage in der SPD einschätzen und so auch die vorangegangenen Diskussionen in den Ortsvereinen der SPD verfolgten, wurde diese Wahl jedoch erwartet, man kann auch sagen, befürchtet.

Diese Wahl zeigte wieder einmal deutlich, daß es den linken Kräften in der SPD kaum gelingt, in der SPD eine fortschrittlichere Politik durchzusetzen, solange es nicht außerhalb dieser Partei eine starke Kraft gibt, die mit dem entsprechenden Anhang in den Massen auch Einfluß in der Politik ausüben kann. Eine solche Kraft kann nur die Kommunistische Partei sein, so wie es vor kurzem in Frankreich durch das Wahlabkommen zwischen der Kommunistischen und Sozialistischen Partei erwiesen wurde. Diese Entwicklung war nur möglich, weil es dort eine starke Kommunistische Partei gibt.

Die richtige Schlußfolgerung für Gegner von Schmitt und dessen politischem Kurs ist, die DKP bei der kommenden Bundestagswahl und darüber hinaus zu stärken. Für Menschen, die ernsthaft den Sozialismus wollen, ist die DKP ohnehin der einzig richtige Platz.

Wir Kommunisten erklären aber ausdrücklich, daß wir nach wie vor bereit sind, mit allen Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, die im Wahlkreis 143 der CDU eine Niederlage bereiten wollen, weitere Schritte in der internationalen Entspannung durchzusetzen und den Forderungen des DGB zur Bundestagswahl 1972 zum Erfolg zu verhelfen.

In Mörfelden hat die NPD geklebt. Ihre Plakate erinnern uns in fataler Weise an Plakate der CDU, die vor Jahren hier an den Wänden hingen. Wir sehen, gleiche Brüder – gleiche Plakate. Was die NPD heute mit ihren Plakaten betreibt, drücken Strauß und Barzel in ihren Reden aus. Das ist antikommunistische Hetze der rechten Brunnenvergifter.

Diskutieren Sie mit der DKP

Öffentliche Versammlung mit Dr. Ellen Weber

Samstag, 14. 10. 72, 20 Uhr, Bürgerhaus

Schiller

Was viele erwarteten, ist eingetroffen. Schiller verließ die SPD. Der offizielle Übertritt zur CDU dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Praktisch betätigt er sich bereits als CDU-Wahlhelfer. Der spektakuläre Rücktritt als Minister, der demonstrative Austritt aus der SPD, das bewußte Fernbleiben im Bundestag und die damit ermöglichten Abstimmungssiege der CDU/CSU – das ist ein abgekartetes Zusammenspiel mit Barzel.

Wieder einmal steht die SPD-Führung an der Klagemauer. Richtiger jedoch wäre es, nach den Ursachen für die zahlreichen Übertritte zu forschen. Wer verließ denn da in den letzten Monaten die SPD-Fahne? Schiller, Hupka, Schulz, Müller – um nur einige zu nennen –, alles Rechtsaußen und stramme Antikommunisten. Sie wurden von der SPD-Führung immer wieder gegen die Kritik und Ausschlußanträge aus den eigenen SPD-Reihen verteidigt. Und sie wurden immer wieder unter Ausschaltung der demokratischen Meinungsbildung auf die Kandidatenlisten für den Bundestag gesetzt. Sie gaben dann in der SPD-Fraktion den Ton an. Fortschrittliche Gewerkschafter fanden sich bestenfalls auf den hinteren Bänken.

Diese Politik der Hätschelung der Superrechten reicht bis in diese Tage. Leber, Schmitt-Vockenhausen, Wienand, Ahlers, Rosenthal – ihre Namen sind Legion und stehen für ein superrechtes Programm. Eine solche Politik produziert immer neue Überläufer. Grund mehr für die Wähler, sich für die Kandidaten der DKP zu entscheiden.

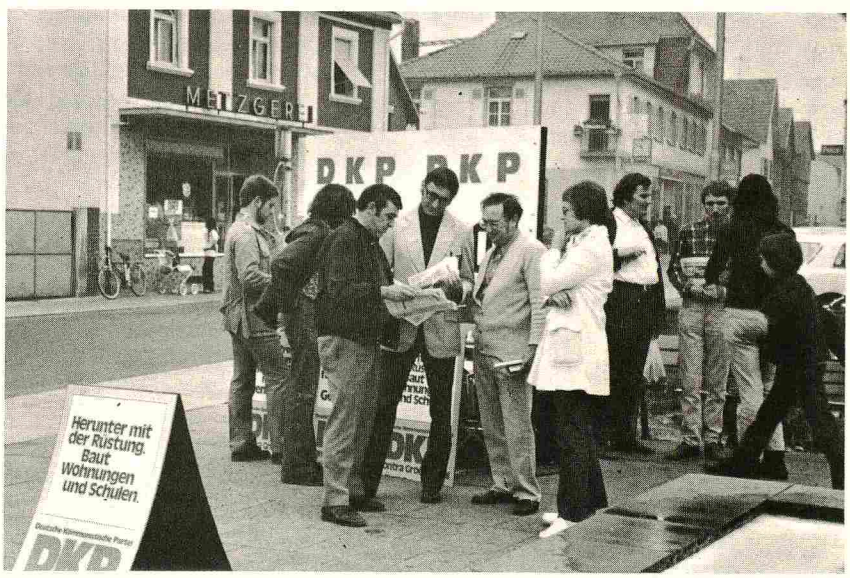
Die Bürger müssen gefragt werden

Im „blickpunkt" veröffentlichten wir in der Vergangenheit zahlreiche Beiträge, die sich mit der Zusammenlegung von Mörfelden und Walldorf befaßten. Wir druckten viele Leserbriefe ab die deutlich machten wie besorgt die Mörfelder sind, wenn sie an die Zukunft denken. Erste Erfolge sind mittlerweile sichtbar geworden. Die Walldorfer Sozialdemokraten sagen zwar noch: „Die Zukunft liegt in der Fusion mit Mörfelden." Walldorfs FDP meinte sogar, „über die Mörfelder die sich sträuben wird die Zeit hinweggehen"!
Aber in Mörfelden geht man jetzt nüchterner an dieses Problem heran. Das ist in erster Linie ein Erfolg der Bürger die sich engagiert und kritisch gegen die Fusions-Euphorie wandten. Die DKP Mörfelden und diese Zeitung haben dazu ihren Beitrag geleistet.
Rudi Hechler, DKP-Kandidat für das Mörfelder Stadtparlament, sprach auf der Bürgerversammlung zur Fusion. Hier einige Ausschnitte aus diesem Diskussionsbeitrag:

In der Vergangenheit sagte man oft zu einem, der sich gegen die Fusion sträubte: „Du bist ein Kirchturmspolitiker" oder man meinte: „Es ist doch nur Wahltaktik, wenn Du dagegen bist." Heute wissen viele, daß es mehr sein kann, nämlich: die ernste Sorge um die Zukunft.
Warum ist eigentlich die Frage der Gebietsreform auf die Tagesordnung gekommen? Dafür gibt es viele Gründe: Der wichtigste: das spätkapitalistische System soll leistungsfähiger gemacht werden, damit es vor allem bei der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System bestehen kann. Es ist klar, daß Gebiets- und Verwaltungsreformen eine gesellschaftliche Notwendigkeit in allen hochentwickelten Staaten sind. Aber es ist wichtig, welchen Inhalt solche Reformen haben: Werden sie ein Instrument zur weiteren Formierung der Bevölkerung – oder führen sie zur Verstärkung des demokratischen Einflusses.
Entscheidend ist – ob nach einer Gebietsreform die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert werden. Vor Jahren dachten noch viele, na ja, ich bin doch fortschrittlich eingestellt, ich bin doch kein Maschinenstürmer – also – ich bin für die Fusion.
Ich selbst habe auf der letzten Bürgerversammlung hier gesprochen und erklärt: „Gegen ein Zusammenwachsen kann man wohl nichts machen" – ich forderte lediglich Garantien dafür, daß uns keine Nachteile entstehen. Heute bin ich strikt gegen eine weitere Verdichtung in diesem Gebiet. – Heute bin ich gegen eine Fusion.
Warum?
Zunächst – uns allen sind die großen Probleme, die mit dem Schutz unserer Umwelt zusammenhängen, erst in den letzten Jahren richtig zu Bewußtsein gekommen.
Wir merken, wie unsere Wohngebiete langsam zu einem neuen Ruhrgebiet zusammenwachsen.
Wir wissen, das zeigen uns die Erfahrungen vieler neuer Großgemeinden, daß wir ärmer werden, wenn wir größer werden.
Und nicht zuletzt spüren wir am eigenen Leib, daß völlig neue Maßstäbe für die Reproduktion der Arbeitskraft gesetzt werden müssen.
Hier wo wir wohnen, müssen wir auch leben können. Aber kann man das noch, wenn alles zugebaut ist? Bald schon sollen 10 000 Menschen im neuen Baugebiet Steinweg Nord wohnen. Die Schwierigkeiten verschiedenster Art, die dann auf uns zukommen kann man sich ausmalen. Weitere Tausende von Menschen sollen zwischen Walldorf und Mörfelden angesiedelt werden.

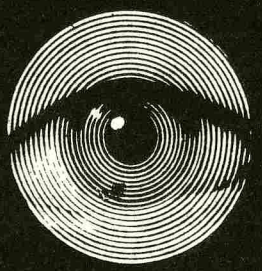
Ich meine: Die Bevölkerung muß über alle Pläne restlos und frühzeitig aufgeklärt werden. – Hier gibt es zweifellos Versäumnisse. Über zwei Jahre mußten wir auf diese Bürgerversammlung warten. Zwei Jahre verstrichen, ohne daß eine praxisnahe Information erfolgt wäre. Statt dessen wurden Tatsachen geschaffen. Die Schule steht mitten in der „Prärie", die Planungen für eine weitere Bebauung sind weit fortgeschritten. Der städtebauliche Wettbewerb hat uns viel Geld gekostet, aber schon heute heißt es von diesem Entwurf, „daß sowieso alles ganz anders wird" und nur die „großen Verkehrslinien bleiben sollen".
Wie soll es denn jetzt weitergehen? Die Mörfelder DKP meint: „Ohne demokratische Abstimmung der Betroffenen, darf keine Zusammenlegung erfolgen."
Bürgermeister Bachmann sagte kürzlich: „Inwieweit aber letztlich die Kooperation gehe, muß der Bürger entscheiden." Das ist ein Wort!

Genau das ist jetzt notwendig. Der erste Antrag der DKP-Abgeordneten im Stadtparlament Mörfelden wird lauten: „Wir fordern eine Bürgerbefragung!"



Die Mörfelder informierten sich aus erster Hand am DKP-Informationsstand. Auch Stadtrat Justus blättert intensiv im Wahlprogramm der DKP. Vielleicht lernt er was dabei.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Unsere Anträge stehen bereits für die nächste Stadtverordneten-Versammlung

Die beiden Stadtverordneten der SDO und DKP-Kandidaten für das neue Stadtparlament stellten zum Schluß der Legislaturperiode noch zwei Anträge und eine schriftliche Anfrage.

Der erste Antrag befaßte sich mit der in nächster Zeit wieder notwendig werdenden Namensgebung für Straßen. Dieser Antrag war bereits vor zwei Jahren auf der Tagesordnung, dann aber zurückgestellt worden. Die SDO machte den Vorschlag, den ermordeten Widerstandskämpfern gegen den Hitlerfaschismus zu gedenken.

Den 28. Todestag der beiden im August 1944 in Buchenwald ermordeten Widerstandskämpfer Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD bis 1933 und Rudolf Breitscheid, Vorsitzender der SPD bis zum Verbot, zum Anlaß nehmend, schrieb H. Hechler an Bürgermeister Bachmann einen Brief. Er erinnerte Bachmann an seine Worte der Presse gegenüber, als 1967 die Thälmannstraße in Feldstraße umbenannt wurde.

Bachmann erklärte damals:

„Die Umbenennung der Thälmannstraße war eine reine Sachentscheidung. In der nächsten Legislaturperiode werden in Mörfelden wieder Straßenbenennungen notwendig sein. Ich werde dann der neuen Gemeindevertretung den Vorschlag machen, wieder eine Thälmannstraße in Mörfelden zu benennen."

Dieser Antrag wurde bis jetzt nur in einer Ausschußsitzung behandelt. Bachmann äußerte, daß er der Sache wohlwollend gegenübersteht. Die am 22. 10. zu wählende neue Stadtverordnetenversammlung wird sich mit diesem Antrag weiter zu beschäftigen haben.

Mehr Transparenz

Diese Forderung haben fast alle Parteien in ihrem Programm vor der Wahl.

Unsere Forderung in dieser Richtung steht schon lange. Wir nehmen die Parteien schon jetzt beim Wort und haben einen diesbezüglichen Antrag Ende August 72 gestellt.

Die SDO-Forderung lautet:

„Die Ausschußsitzungen sind öffentlich."

Wir wollen nicht, daß so viel hinter verschlossenen Türen verhandelt wird.

Ortssatzung für Kinderspielplätze

In dem „Programm für Mörfelden" der DKP zur Kommunalwahl 1972 ist u. a. die Forderung nach einer Spielplatz-Ortssatzung enthalten. Durch diese Satzung soll sichergestellt werden, daß in den kommenden Neubaugebieten genügend Spielmöglichkeiten für Kinder geschaffen werden. Des weiteren sollten die großen Bauträger zur Mitfinanzierung herangezogen werden. Unsere beiden derzeitigen Abgeordneten wollen den Weg hierfür bereits jetzt schon ebnen.

Sie beauftragten den Magistrat die evtl. bestehenden gesetzlichen Bedenken zu prüfen.

Bürgermeister Bachmann teilte uns mit, daß wir von dem Ergebnis unterrichtet werden.

Na siehste

Zugeben mußte Kurt Bachmann, daß er nichts weiß.

In der „Frankfurter Neuen Presse" vom 16. 8. 1972 versicherte er noch: „Es gibt keine Gebührenerhöhungen nach der Wahl."

Vier Wochen später wurde er in der Bürgerversammlung festgenagelt. DKP-Kandidat Erich Schaffner fragte ihn konkret danach, und Bachmann meinte schlicht, „das weiß ich nicht". Er weiß es aber doch! Er weiß, daß nach den Wahlen verschiedene Gebühren ansteigen sollen, – nur sagen kann er das halt jetzt – nicht.

Dafür sagen wir es ganz deutlich:

Jede weitere Belastung der Bevölkerung wird von uns abgelehnt. Wir wissen, wie schwer es fällt bis die Gewerkschaften einige Prozent Lohnerhöhung erkämpft haben und wollen nicht, daß diese Verbesserungen in der Lohntüte durch alle möglichen Verteuerungen wieder aufgezehrt werden.

OKTOBER 1972

So	1	41. Wo Erntedankfest
Mo	2	
Di	3	
Mi	4	
Do	5	
Fr	6	
Sa	7	
So	8	42. Wo
Mo		
Di		
Mi	11	
Do		
Fr	13	
Sa	14	
So	15	43. Wo

Bitte Termin vormerken!
DKP-Versammlung mit Dr. Ellen Weber

Mit einer Zeitungsnotiz vom August 1944 setzten die Nazis das Märchen in die Welt, die beiden Arbeiterführer seien durch US-Bomben umgekommen

Bei einem Terrorangriff auf die Umgebung von Weimar am 28. August wurde auch das Konzentrationslager Buchenwald von zahlreichen Sprengbomben getroffen. Unter den dabei ums Leben gekommenen Häftlingen befinden sich die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Breitscheid und Thälmann.

Zum türkischen Außenminister ist, wie der Sender

Wir bleiben am Ball

Die DKP wird sich auch im neuen Stadtparlament um die ärztliche Versorgung kümmern

Eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung ist seit Jahren ein Anliegen unserer Abgeordneten im Mörfelder Stadtparlament. Vorschläge, wie eine Verbesserung zu erreichen ist, wurden von ihnen eingebracht. Unter anderem hat die DKP Mörfelden mit befreundeten Ärzten einen Entwurf über ein Sozialzentrum mit Ärztehaus ausgearbeitet und im Mai d. J. dem Magistrat sowie allen Stadtverordneten überreicht.

In der am 13. September d. J. stattgefundenen Bürgerversammlung berichtete der Stadtverordnete Heinz Hechler der zahlreich erschienen Bevölkerung hierüber.
Er hob noch einmal folgende wunden Punkte der ärztlichen Versorgung hervor.

- Volle Wartezimmer
  (In Mörfelden: 1 Arzt auf 2800 Einwohner)
  In der BRD: 1 Arzt auf 1240 Einwohner)
  Überbelastung der Ärzte (5 Ärzte bei 14 000 Einwohnern)
  Keine Fachärzte in Mörfelden (Kinder-, Frauen-, Hals-Nasen-Ohren-, Augenärzte)
- Wachsendes Industriegebiet, ohne Werksärzte (dadurch weitere Belastung der Mörfelder Ärzte)
- Die Stadt wird immer größer (große Neubaugebiete werden z. Z. erschlossen)

Die Zahl der Ärzte ist seit Jahren konstant geblieben. Weil die DKP der Meinung ist, daß eine Verbesserung auf diesem Gebiet nur über neue Wege zu erreichen ist, hat sie einen Entwurf zur Errichtung eines Sozialzentrums mit Ärztehaus unterbreitet.

Hechler stellte an Bürgermeister Bachmann folgende Fragen:

1. Wie stehen Sie, Herr Bürgermeister, zu einer solchen Einrichtung?
2. Wie sehen Sie die Chancen in den nächsten 4 Jahren so etwas zu erstellen?
3. Warum ist bis jetzt dieses Thema noch nicht auf die Tagesordnung eines Ausschusses oder der Gesundheitsdeputation gesetzt worden?

Bachmann berichtete, daß er ein Gutachten beim Hessischen Sozialministerium über unsere Vorschläge eingeholt hat. In dem Brief vom Ministerium, den er daraufhin verlas, wird u. a. von einem Herrn Knuhr die Meinung vertreten, daß der Entwurf keine ernst zu nehmende Diskussionsgrundlage darstelle. Wir haben dem Magistrat und der Presse bereits unsere Stellungnahme zu dem Brief übergeben. Nachstehend unsere Antwort zum Minister-Schreiben:

Die Bemerkungen des Herrn Knuhr vom Hessischen Sozialministerium zum Entwurf der SDO zur ärztlichen Versorgung in Mörfelden enthalten eine Reihe von Fehlern, Mißverständnissen und unzulässigen Vereinfachungen, die eine sachliche Richtigstellung leider notwendig machen.

Herr Knuhr ist falsch unterrichtet, wenn er meint, daß „alle in den einzelnen Abteilungen, wie Sozialabteilungen, Ärztehaus, Rehabilitationszentrum und Kommunikationszentrum aufgeführten Fachbereiche bereits in der Praxis bestehen". Mörfelden wird von fünf praktischen Ärzten versorgt. Die Patienten müssen, wenn sie zu Fachärzten gelangen wollen, zeitraubende Fahrten in Nachbarstädte unternehmen. In den Betrieben von Mörfelden und Umgebung fehlen Werksärzte. Einige Versorgungseinrichtungen, wie das Sozialamt in der Bürgermeisterei, bestehen bereits, da geben wir Herrn Knuhr recht. Für die Berufsberatung ist das Frankfurter Arbeitsamt zuständig. Die Gesundheitsaufklärung und die gesundheitliche Wiederherstellung durch gezielte Übungsbehandlung sind, um es vorsichtig auszudrücken, wunde Punkte im Mörfelder Gesundheitswesen.

Weiter wundert uns, daß Herr Knuhr in der Konzentration sozialer und ärztlicher Dienstleistungen keine Vorteile für den Bürger zu erkennen vermag. Ist es denn keine Erleichterung für die Kranken, wenn die Gesundheitsaufklärung im (Kommunikationszentrum), die Gesundheitsfürsorge, die Diagnose und Therapie (im Ärztehaus mit seinen Unterabteilungen), mit der Gesundheitsnachsorge und Wiederherstellung (in der Rehabilitationsabteilung) zusammengefaßt werden können? Ist es nicht erfreulich und erleichternd, für den Bürger, wenn gesundheitliche und soziale Beratung Hand in Hand gehen und einander ergänzen?
Herr Knuhr behauptet, unser Entwurf bzw. unsere Vorstellungen wären nur nach einer Änderung des bestehenden Kassenarztrechts zu verwirklichen. Das ist nun allerdings völlig unrichtig, wie die schon bestehenden Ärztehäuser in der Frankfurter Nordweststadt, in Neu-Isenburg und an vielen Orten der Bundesrepublik zur Genüge beweisen. Auch unser Entwurf läßt sich durchaus mit dem Gedanken der Freiwilligkeit der beteiligten Ärzte vereinbaren. Gerade jüngere Ärzte suchen ja die interdisziplinäre Zusammenarbeit, die ihre Arbeit fachlich erleichtert und bereichert und die zeitlich entlastet. Im übrigen dürfte Herrn Knuhr doch bekannt sein, daß Teile der bisherigen gesetzlichen Regelung der ambulanten Krankenversorgung bei vielen Sachkennern als Hemmschuh einer gesundheitspolitischen Entwicklung im Interesse der Bevölkerung gelten und selbst in Ärztekreisen durchaus umstritten sind. Unsere Vorschläge befinden sich da völlig im Einklang mit den entsprechenden Vorstellungen der Gewerkschaften.
Die kurzschlüssige Folgerung des Herrn Knuhr, unser Entwurf stelle „keine ernst zu nehmende Diskussionsgrundlage dar", fällt auf ihn selbst zurück. Wir können ihm den Vorwurf nicht ersparen, über einen wichtigen kommunalpolitischen Entwurf sehr leichtfertig zu urteilen, dessen Ausarbeitung und Durchsetzung brennende Probleme der Gesundheitssicherung in Mörfelden lösen helfen könnte. Das war und ist unser Anliegen. Die Bevölkerung von Mörfelden braucht eine bessere gesundheitliche Versorgung und wir werden uns für dieses Ziel weiterhin einsetzen.

Die am 22. Oktober neu gewählte DKP - Stadtverordneten - Fraktion wird dafür sorgen, daß dieses Thema nicht mehr vom Tisch des Hauses kommt.

Na denn Prost!

Der Stadtschulmeister

Stadtverordnetenvorsteher Ohly spielt gerne den Schulmeister. Nur vergißt er dabei, daß er es im Stadtparlament nicht mit dummen Schuljungen zu tun hat. Wir wollen nicht leichtfertig urteilen, aber wir beobachten seit Jahren, wie in Stadtverordneten-Sitzungen seine arrogante Überheblichkeit mit ihm durchgeht. Wie er selbstherrlich kritische Debatten abbricht und Stadtverordneten unsachlich ins Wort fällt. Letztes Beispiel seiner „Machtausübung": die Stadtverordneten-Versammlung am 5. September.

Anstoß für diese Zeilen aber war das unmögliche Auftreten Ohlys auf der Bürger-Versammlung am 13. September. Nachdem Bachmann dort eineinhalb Stunden lang redete, wurde er von Rudi Hechler unterbrochen, der meinte, jetzt müßten auch mal Bürger zu Wort kommen. Ohly gab Hechler das Mikrofon frei, sagte aber: „Sie haben das Wort, aber wir begrenzen die Rede- und Fragezeit auf drei Minuten. Dies ist keine Veranstaltung in der irgendwelche privaten Gedanken zum Ausdruck kommen sollen." Der sich sonst so selbstsicher gebende Ohly wurde kleinlaut als er darauf laute Mißbilligungs- und Protestrufe erntete.

Wir meinen, daß man die Selbstherrlichkeit dieses Schulmeisters nach „Kaiser-Wilhelm-Art" stoppen muß.

Die DKP-Fraktion im neuen Stadtparlament wird versuchen seine Wiederwahl zu verhindern. Die Mörfelder Bevölkerung kann uns dabei helfen: am 22. Oktober.

Was ist eigentlich linksradikal?

Die DKP ist „radikal". Genau gesagt: „linksradikal". So jedenfalls steht's in den großen Zeitungen. Aber auch andere sind „radikal". Aber andersrum – „rechtsradikal". „Radikal" ist etwas Schlechtes, es ist abwertend. Sprecher der „gemäßigten" Parteien betonen gerne ihre Unabhängigkeit von den „Radikalen von links und rechts". Links- und rechtsradikal – das ist scheinbar gleichermaßen von Übel. Das trifft sich irgendwie. Ob so oder so, diese Leute sind eben „radikal" und somit nicht ernstzunehmen.

Zwischen den Radikalen liegt die Mitte, die ja bekanntlich golden ist. Die Radikalen hingegen sind rot, wenn sie links sind, und schwarz, wenn sie rechts sind (oder braun, wenn man genau hinsieht). Aber trotz dieser farblichen Unterschiede sind sie so quasi ein und dasselbe – die Radikalen. Ihre Spalten zum Plakatankleben hat man auf den städtischen Wahlplakattafeln nebeneinander angebracht. Gleich und gleich, da gesellen sie sich – Radikalinskis unter sich.

Wenn man die Radikalen so schön in einen Topf geworfen vor sich sieht, könnte man meinen, daß sie dann auch von der goldenen Mitte her gleich behandelt werden. Schaut man sich aber ein kleines bißchen um, so kommt man schnell drauf, daß dies keineswegs der Fall ist.

Während sich NPD-Leute in hohen Bundeswehr- und Wirtschaftsstellen befinden, wird DKP-Mitgliedern die Übernahme ins Beamtenverhältnis allerseits verwehrt. Ex-Nazi Kiesinger wurde Bundeskanzler, aber Kommunisten saßen auch unter Adenauer in Gefängnissen, die sie von Hitler her noch kannten. Also ist es doch nicht soweit her mit der Gleichheit der „Radikalen von links und rechts". Was also stimmt da nicht?

Schauen wir genauer hin. Was heißt eigentlich „radikal"?

Radix – das ist lateinisch und heißt „Wurzel". „Radikal meint demnach: gründlich und konsequent sein, den Dingen auf den Grund gehen und das Übel an der Wurzel packen. In diesem positiven Sinne lassen wir von der DKP uns gerne „radikal" nennen.

Aber auch die anderen – die von „rechts" – waren gründlich und radikal. Für sie war die Weimarer Demokratie die Wurzel allen Übels, mit Stumpf und Stiel wollte sie das Judentum ausrotten, und heute fordern sie gründliches Vorgehen gegen alle „Linken". „Links", das sind die Studenten, die SPD, die Gewerkschaften, sogar die F.D.P., alles mögliche ist „links". Was überhaupt ist nun „links"?

Als sich im vorigen Jahrhundert in Deutschland die ersten Parlamente bildeten, entstanden die verschiedensten Parteien. Es bürgerte sich damals ein, daß die fortschrittlichen, die Arbeiterparteien, im Sitzungssaal links saßen, während die konservativen, die Unternehmer- und Gutsbesitzerparteien, auf der rechten Seite Platz nahmen.

Rechts saß in Deutschland schon zweimal die Kriegspartei, rechts saß die Partei Hitlers, rechts – das waren SA und SS, das war Unterdrückung und Vernichtung. Auf der anderen Seite – links – standen in Deutschland die Kämpfer für Frieden und Freiheit, die antifaschistischen Widerstandskämpfer die aufrichtigen Demokraten, die während des letzten Krieges und danach das andere Deutschland repräsentierten und seinen Ruf unter den Völkern der Welt wieder herstellten.

Wir, die DKP, standen und stehen auf der Seite der Arbeiter dieses Landes, auf der Seite derjenigen, die in Hitlers KZs Leben oder Gesundheit verloren, auf der Seite aller fortschrittlichen Demokraten, mit einem Wort – links. Und – wir haben etwas gegen halbe Sachen, gegen politischen Betrug, gegen Augenauswischerei und oberflächliches Flickwerk. Wir gehen den Dingen auf den Grund, wir packen das Grundübel – den Kapitalismus – an der Wurzel, wir sind prinzipienfest und konsequent, also – wenn Sie so wollen – radikal.

FRANZ-JOSEF DEGENHARDT SINGT IN RÜSSELSHEIM

13. OKT. 72
20 UHR
STADTHALLE

Eine Veranstaltung der DKP Betriebsgruppe Opel
Karten bei allen Mitgliedern der DKP. Vorverkauf DM 4,-

Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22. Druck: Eigendruck